

Liebe Genossinnen und Genossen



am Wochenende fand der Bundesparteitag der SPD statt und auch wenn es jedesmal unfassbar anstrengend ist (ich sag nur 847 Anträge), war ich doch sehr froh, dass ich dabei war. Insbesondere die Reden von unserem Bundeskanzler, aber auch die der anderen Mitglieder der Regierung und unseres Parteivorstandes, haben einem Zuversicht gegeben, dass die SPD mit ihren Inhalten die richtigen Ideen für die Zukunft hat und auch das richtige Personal, um diese umzusetzen.

Warum kommt das in der Breite der Bevölkerung nicht an? Nun ja, Olaf mag keine strahlende Galionsfigur sein und auch die anderen sind eher harte Arbeiter:innen als krakeelende Aufputscher. Wir befinden uns

in stürmischen Zeiten. Die Krisen, die wie Monsterwellen von allen Seiten auf uns einschlagen, gab es in der Dynamik seit dem 2. Weltkrieg nicht mehr. Und während Olaf uns als besonnener Lotse mit ruhiger Hand und viel Vernunft durch die Untiefen lenkt, beschweren sich andere, dass ihnen der Champagner aus dem Glas geschwappt und das Sonnendeck gerade nur begrenzt zugänglich ist.

weiter auf Seite 2



AUS DEM INHALT

Haushaltsrede von Martin Löffler	2
Arbeitskampf bei Erismann	6
Breisgau-S-Bahn bleibt Sorgenkind	7
AfD verbieten oder lieber nicht?	9
SPD-Parteitag: Was war das denn?	10
SPD Markgraeflerland hilft der Ukraine	12
Grundsteuer C in Merdingen	13
Erwartungshaltung an die Politik und Widersprüche	14
Aus dem OV-Archiv: Energiepolitik vor 45 Jahren	15
Termine	18
Impressum	19

Wie damals auf der Titanic hören viele lieber die Stimmen, die meinen, alles wäre gar nicht so schlimm und man könne ruhig weitertanzen. Und wie auf der Titanic sind diese Stimmen auch heute falsch. Hoffen wir nur, dass wir diesen Fehler diesmal vor dem Untergang merken und rechtzeitig auf diejenigen hören, die umsteuern wollen.



Die sich der Welle Putin mit aller Macht entgegenstellen und die Ukraine weiterhin in ihrem Kampf unterstützen. Die sich gegen den islamischen Terror stellen und ihre Solidarität mit Israel beim Kampf ums Existenzrecht betonen. Die mit einer Transformation der Wirtschaft, einer Unabhängigkeit Deutschlands von fossilen Brennstoffen und einem Umbau des Verkehrssektors gleichzeitig den Effekten des bereits vorhandenen Klimawandels etwas entgegenzusetzen und die weitere Verschärfung versuchen zu bremsen. Die aus der Coronapandemie lernen und lebensnotwendige Arzneimittel vermehrt wieder selber herstellen

wollen. Die wissen, dass der wichtigste Rohstoff in unserem Land in den Köpfen unserer Kinder steckt und daher gute Bildung für alle auf der Fahne stehen haben. Und die, die Zukunft nicht in nationalen Egoismen, sondern gemeinsam mit unseren Nachbarn in einer starken Europäischen Union sehen.

SASKIA UND LARS

Saskia und Lars wurden mit guten Ergebnissen als Parteivorsitzende bestätigt. Sie arbeiten schon lange zusammen!

Hier ein kleines Schmankerl aus vergangenen Zeiten: Saskia und Lars im Ausschuss Digitale Agenda des Bundestages. Foto von 2014.



Dies alles erreicht man nicht mit billigem Populismus a´la Merz und erst Recht nicht mit dem destruktivem „Ausländer Raus“-Gebrüll der AfD. Hierfür braucht es ernsthafte Menschen, die sich den Schwierigkeiten stellen und komplizierte Sachverhalte

auseinander dröseln und nicht über die vielen Stöckchen der anderen springen. Hierfür braucht es einen Lotsen.

Büch Stenede.



Haushaltsrede von Martin Löffler

Für seine Haushaltsrede hat sich Martin Löffler, unser Fraktionsvorsitzender im Kreistag, überlegt, dass es eigentlich schon genug schlechte Nachrichten gibt. Er hat sich deshalb auf drei gute Nachrichten konzentriert:

„Vor einem Jahr haben wir uns vorgenommen, Sie, liebe Frau Landrätin, in Ihren letzten Monaten hier nicht mehr zu ärgern.

So habe ich das vor einem Jahr gesagt.

Das haben Sie auch verdient, liebe Frau Landrätin. Sie sind mit uns auch immer gut umgegangen. Sie sind freundlich mit uns umgegangen. Sie sind fair mit uns umgegangen.

Ich finde, es hat geklappt, dass wir Sie nicht geärgert haben.

Ich erinnere mich allerdings auch an was anderes: Der Rest meiner Rede, es ging um Schülerbeförderung, hat meine Vorredner von Freien Wählern und CDU scheinbar ge-

ärgert. So sehr geärgert, dass Sie mit einer wichtigen Tradition gebrochen haben.

Die Tradition heißt:

Wir kommentieren die Haushaltsreden der anderen nicht durch eine erneute Wortmeldung.

Und ich bin gespannt und wünsche mir, dass wir heute wieder zu der Tradition zurückkommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Vertreter der Presse, meine Damen und Herren,

wir haben ja alle die Nase voll von schlechten Nachrichten.

Deshalb beschränke ich mich heute mal auf gute Nachrichten.



Erste gute Nachricht:

Das haben wahrscheinlich schon alle bemerkt. Komischerweise hat uns niemand darauf angesprochen. Wir haben 2023 das

erste Mal seit Jahren keinen Antrag zum Sozialticket gestellt. Dazu haben wir uns auch mit unseren Freunden von der Fraktion der Grünen abgesprochen.

Warum haben wir dieses Jahr keinen Antrag gestellt? Ganz einfach: Unsere Argumentation hieß immer:

Auch für die Empfänger von Grundsicherung und Sozialhilfe muss eine Teilhabe am öffentlichen Personennahverkehr möglich sein.

Der Mobilitätsanteil des Bürgergelds, im Volksmund bisher immer Hartz IV, hat dazu bisher nie ausgereicht. Das wollten wir aufstocken.

Deshalb jedes Jahr dazu ein Antrag – in der jeweiligen Höhe um dieses Delta auszugleichen.

Der Freiburger Stadtrat ging und geht übrigens viel, viel weiter.

Und jetzt? Jetzt ist mit der Erhöhung des Bürgergeldes und der Einführung des Deutschlandtickets genau das eingetreten, was wir immer wollten.

Ab 2024 reicht zum ersten mal der Mobilitätsanteil am Bürgergeld ziemlich genau aus. Es ist allerdings auch nichts mehr übrig für andere Mobilitätsausgaben. Kein Geld mehr für ein Fahrrad zum Beispiel.

Aber: Es reicht aus.

Weil wir unsere Argumentation treu bleiben wollen, stellen wir deshalb keinen Antrag zum Sozialticket.

Dabei bleiben wir auch, solange das Bürgergeld ausreichend bemessen ist.

Und ich finde das ist eine gute Nachricht für alle die Bürgergeld empfangen. Und es ist auch eine gute Nachricht für uns alle im Kreistag.

Die zweite gute Nachricht:

Hat mit dem großen Ganzen unseres Haushalts zu tun.

Die Liquidität des Kreishaushalts verbessert sich! Das liegt auch daran, dass wir bei den Investitionen – vor allem in die Schulen – im Kreis unsere Hausaufgaben gut erledigt haben. Wir haben fleißig neue und sehr gute Schulen gebaut. Deshalb können wir es uns jetzt auch leisten, die Gemeinden bei der Kreisumlage nicht übermäßig zu belasten.

Um den Ergebnishaushalt müssen wir uns übrigens auch keine Sorgen machen. Wir haben so hohe Rücklagen im Ergebnishaushalt, dass der noch lange ausgeglichen bleibt. Das bleibt er auch wenn wir in der Jahresrechnung tatsächlich mal ins Minus gehen.

Das ist auch eine gute Nachricht finde ich.

Die dritte gute Nachricht:

Ich gebe zu: Die hat nur auf den zweiten Blick was mit dem Haushalt zu tun. Ich sag's aber trotzdem:

Wir haben in einer Woche eine echte Wahl. Und das sah im Sommer noch ganz anders aus.

Ich erinnere mich an die denkwürdige öffentliche Sitzung des beschließenden Ausschusses am 18.07.. In dieser Sitzung ist öffentlich geworden, dass eine Absprache versucht wird. Damit war klar und öffentlich, dass versucht worden ist, vor allem von der CDU-Fraktion, eine Allianz zu bilden.

Eine Allianz, um schon vor der eigentlichen Wahl festzulegen, wer Landrat wird.

Oder um es in deinen Worten, lieber Oli, zu sagen: „Wir wollen unseren Mann durchbringen“ – das hast du in dieser Sitzung öffentlich so wörtlich gesagt.

So eine Allianz wäre fatal gewesen!

Es hätte im schlimmsten Fall nur einen Kandidaten gegeben.

Jetzt sieht es so aus, dass das Gott sei Dank nicht so ist. Wir haben zwei sehr gute Kandidaten. Und es zeichnet sich ab, dass jeder von uns ganz frei entscheidet:

Wen halte ich für den besten Landrat für die nächsten acht Jahre? Jenseits von Parteibüchern. Und nur darum wird es gehen. Das ist gut so.

Und ich finde die beiden Kandidaten haben es auch verdient, dass es sich um eine echte Wahl handelt.

Alles andere hätte Ihnen nämlich den Start und die Arbeit in den nächsten Jahren sehr erschwert.

So, das waren die guten Nachrichten von uns.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Frau Landrätin, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung.

Wir wünschen Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest.

Martin Löffler

SPD Fraktion im Kreistag BH



LANDRATSWAHL

Es standen zwei hoch kompetente Kandidaten zur Wahl. Unser Favorit war der Sozialdezernent Thorsten Culmsee. Er hatte nach unserer Meinung klarere Vorstellungen davon, was er für den Landkreis erreichen will.

Es hat am Ende nicht gereicht für ihn. Christian Ante, Bürgermeister von Merzhausen, wurde mit 34 zu 27 Stimmen bei zwei Enthaltungen zum neuen Landrat des Kreises Breisgau-Hochschwarzwald gewählt.



Arbeitskampf bei Erismann

von Gustav Rosa

In Breisach kämpft die Belegschaft der Erismann & Cie. GmbH Tapetenfabrik um gerechte Löhne und weitet ihre Streiks aus. Mit Unterstützung der Gewerkschaft ver.di und der SPD-Breisach, Ortsverein und Gemeinderatsfraktion, wurde das "Bürgerbündnis für gute Arbeit in Breisach" gegründet. Auch bei der Kundgebung am 28.11.2023 auf dem Neutorplatz in Breisach war die SPD dabei. Wir halfen tatkräftig bei der Anmeldung und der Organisation mit.

Hier meine Ansprache, die sehr gut angekommen ist und im Pressebericht der Badischen Zeitung entsprechend erwähnt wurde.



Hallo Breisach, hallo Südbaden, salut l'Alsace,

es ist schön, nach so langer Zeit wieder hier auf dem Neutorplatz in Breisach zu stehen und für eine gute Sache zu demonstrieren.

Heute unterstützen wir, die SPD-Breisach, zusammen mit euch allen, die ihr euch hier versammelt habt, den berechtigten Arbeitskampf Großteils der Belegschaft der Tapetenfabrik Erismann aus Breisach. Gerne wären auch Johannes Fechner und Takis Mehmet Ali, beide MdB, Gabi Rolland, MdL, sowie Birte Könnecke und Oswald Prucker vom Kreisvorsitz heute hergekommen, aber in Berlin und Stuttgart sind Plenarsitzungen und im Kreistag tagt der Ausschuss. Gabi Rolland hatte schon ein Gespräch mit euch.

Alle, die ich vorhin aufgezählt habe, haben mich gebeten, ihre Solidarität auszurichten und auch in Zukunft volle Unterstützung zugesichert. Ihr seht, Breisach, der Landkreis, Stuttgart und Berlin stehen auf eurer Seite. Ihr seid nicht allein!

Ich will mich kurzfassen und beschränke mich darauf, wie wir Sozialdemokraten dazu gestoßen sind, und was wir fordern.

Als ich letzte Woche in der Zeitung gelesen habe, dass bei Erismann jetzt schon zum dritten Mal in Folge gestreikt wird, bin ich hellhörig geworden. Ich kannte die Firma bisher nur als eines der größten Unternehmen in Breisach und als Vorzeigebetrieb mit einem großen Zweitwerk in Russland

und einem kleinen Vertriebsbüro in England. Die Gründe für den Streik waren mir neu. Also habe ich mich aufgemacht und mich in Breisach umgehört. Es war nicht leicht, den direkten Kontakt zu den Betroffenen herzustellen. Umso größer die Freude, als ich mit jungen und engagierten Leuten ein erstes Gespräch führen konnte.

Dass die Geschäftsleitung Tarifverträge kategorisch ablehnt und dann auch noch jede Gesprächsbereitschaft aufkündigt - das geht gar nicht! Hier wird gute Arbeit geleistet, ohne die sich diese Firma im harten Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt nicht behaupten könnte. Und gute Arbeit verdient eine gute Bezahlung. Wenn es stimmt, dass die Löhne seit 2017 nicht mehr erhöht worden sind und zurzeit ca. 40% unter Tarif liegen, dann ist das in der heutigen Zeit nicht tragbar (auf Neudeutsch ein NoGo).

Wir Sozialdemokraten, die wir aus dem 1863 gegründeten Allgemeine Deutsche Arbeiterverein entstanden sind, uns 1875 zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands zusammengeschlossen haben und seit 1890 unseren jetzigen Namen tragen, wir, die SPD Breisach, Ortsverein und Gemeinderatsfraktion, sichern euch unsere volle Unterstützung zu!

Der Bürgermeister und die Kirchen halten sich bedeckt und haben ihre Gründe dazu geäußert. Ich bin aber überzeugt, dass sie - wenn gefordert - als Vermittler oder Mediatoren bereitstehen. Es muss wieder verhan-

delt werden, zeitgemäß auf Augenhöhe, zwischen Geschäftsleitung, Betriebsrat und Gewerkschaft. Wir Sozialdemokraten stehen an der Seite der Beschäftigten und werden uns zusammen mit allen Unterstützern, die sich im "Bürgerbündnis für gute Arbeit in Breisach" zusammengeschlossen haben, dafür einsetzen, dass auch bei Erismann gute Arbeit mit gutem Lohn bezahlt wird. Wir fordern:

Und jetzt alle zusammen, drei Mal hintereinander, laut und deutlich, damit ganz Breisach uns hören kann:

Unterstützer schließt euch an:
Guter Lohn bei Erismann!

Wir bleiben am Ball und danken allen für eure Unterstützung.



Breisgau-S-Bahn bleibt Sorgenkind

von Oswald Prucker

Kurz vor Weihnachten standen Vertreter der DB Regio in der Vollversammlung des Zweckverbands Regionalverkehr Freiburg (ZRF) Rede und Antwort zur West-Ost-Linie der Breisgau-S-Bahn.

Die Situation auf dieser Linie ist eigentlich seit ihrem Start vor einigen Jahren frustrierend. Die Kapazitäten sind zu knapp bemessen und zu oft fallen Züge komplett aus oder halten nicht an allen Haltestellen. Jüngster Aufreger: Man darf auf dieser

Strecke keine Schulklassen mehr anmelden. Diese Nachricht war noch keine fünf Minuten bei der Badischen Zeitung online, da erreichten mich schon die ersten zurecht wütenden Reaktionen.



Wo genau hakt es? Zuallererst am Zugmaterial. Die Alstom-Züge halten schlicht nicht, was der Hersteller versprochen hat: Alle 1,2 Millionen Kilometer sollten die Räder gewechselt werden. Tatsächlich halten die Dinger gerade mal 400.000 Kilometer. Genau das macht der DB Regio jetzt zu schaffen, vor allem, weil die Werkstattkapazitäten nicht darauf ausgerichtet sind. Oft genug stehen deshalb nur 16 der 21 Zugteile zur Verfügung und das führt zu Minderkapazitäten und Ausfällen. Auch auf das Koppeln und Teilen wird in Gottenheim und Titisee verzichtet. Lästig für die, die umsteigen müssen, aber mittlerweile warten die Züge wenigstens – wurde zumindest behauptet.

Ab etwa März hätte man die Werkstattkapazitäten und Ersatzteilbevorratung so weit gesteigert, dass es besser werden

kann. Da bin ich mir ehrlich gesagt nicht so sicher. Wenn die Züge dreimal so oft in die Werkstatt müssen, dann fallen sie halt doch häufiger aus als vorgesehen. Daran ändert sich nix - sie werden vielleicht etwas schneller repariert.

Aber selbst, wenn alle 21 Züge am Start wären, es würde auch nicht sicher reichen. Laut DB Regio fehlen drei Züge. Dumm, dass die Züge so nicht mehr gebaut werden. Vielleicht ist ein Nachbau aber doch noch möglich. Dazu müsste aber Verkehrsminister Hermann schnell aktiv werden. Erst dann würde geprüft, ob nachgebaut werden kann und hilft laut DB Regio nur Beten.



Oder, und das wird landauf und landab gefordert, man setzt anderes Material ein. Es gibt doch stillgelegte Züge und da auch solche, die in die Berge fahren können. DB Regio argumentiert: Das macht es nur noch komplizierter, vor allem, weil diese Züge ja auch gewartet werden müssten und das

könnte die Werkstatt dann nicht mehr leisten. Außerdem stünden zum Beispiel die alten Doppelstockzüge schon so lange stillgelegt rum, dass es schwierig würde, sie wieder in den Dienst zu stellen.

In meinen Ohren waren das eher ausweichende Argumente. Klar kann man im Moment auch Busse parallel zu den Zügen fahren lassen, aber das ist nur eine Übergangslösung und im Moment sieht es eher so aus, dass sich der Übergang verstetigt. Nicht gut.

Deshalb, liebe S-Bahn-Fahrende, machen Sie von Ihrem Recht auf ein Taxi Gebrauch! Wenn Sie stranden, weil die Bahn nicht hält oder gar nicht kommt, dann können Sie ein Taxi rufen und bekommen die Kosten erstattet. Das soll mittlerweile funktionieren.



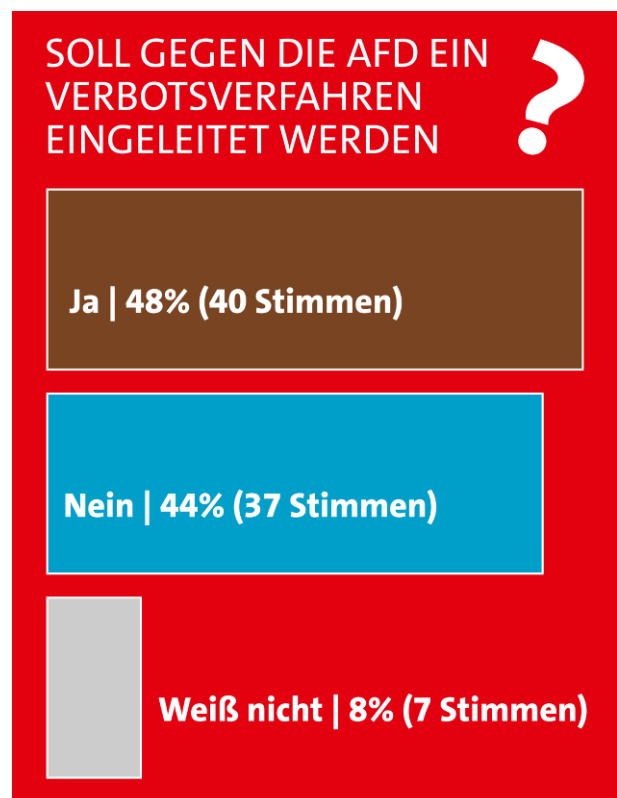
AfD verbieten oder lieber nicht?

von Oswald Prucker

So der Titel unserer letzten Umfrage. Hintergrund: Der Höhenflug der AfD in den Umfragen ist ungebrochen und in vielen ostdeutschen Bundesländern stehen die Braunblauen bereits ganz vorne in der Wählergunst.

Gleichzeitig werden immer mehr Landesverbände und Parteiorganisationen vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft.

Es gibt deshalb von vielen Seiten die Forderung nach einem Verbot dieser Partei. Aber solche Verfahren dauern lange und der Ausgang ist ungewiss. Es gelang schließlich auch in mehreren Anläufen nicht, die NPD zu verbieten. Trotzdem, so andere, muss eine Demokratie wehrhaft sein und sich gegen seine Gegner auch mit juristischen Mitteln stemmen können.



Entsprechend gemischt auch das Ergebnis: 84 Genossinnen und Genossen haben an der Umfrage teilgenommen. 40 davon sind für ein Verbot, das sind 48%. Ein hauchzarte Mehrheit vor denen, die dagegen sind: 37 Stimmen oder 44%. 7 mal wurde „Weiß nicht“ ausgewählt. Das sind vermutlich die Ehrlichen. Viele, die auch unentschlossen sind, haben vermutlich gar nicht teilgenommen.

Oft erreichen uns zu den Umfrage auch E-Mails. Dieses Mal meinte ein Genosse: „Nicht verbieten, die SPD soll bessere Politik machen.“ Nun kann man über die Qualität der Politik der Bundesregierung bestimmt geteilter Meinung sein, ich möchte dieser Zuschrift allerdings ein Zitat des 2019 verstorbenen Genossen und Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde entgegenstellen.

Er sagte: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist.“

Ganz so schutzlos ist der Staat aber nicht, denn man kann Parteien eben auch verbieten. Man darf nur nicht warten, bis es zu spät ist.



SPD-Parteitag: Was war das denn?

von Yannik König

Toll haben sie geredet. Der Kanzler, Lars Klingbeil, Saskia Esken, toll haben sie geredet. Begeisterte Standing-Ovation und lautes Geklatsche als Belohnung von den Delegierten.

Gute Wahlergebnisse für unsere Parteivorsitzenden, noch bessere für den Generalsekretär. Man könnte fast meinen, alles wäre

in Ordnung mit dieser Partei. Aber ist es nicht.

Benjamin Franklin soll einmal geäußert haben: „Gut gemacht ist besser als gut gesagt.“ Und hier ist das Problem.



Natürlich kann sich Olaf Scholz da oben hinstellen und eine Rede halten wie Charlie Chaplin in „Der große Diktator“. Daraus folgt aber nichts. Nur Tage später ein Haushaltskompromiss, in welchem beim Bürgergeld eingespart und die Unter- und Mittelschicht proportional wieder am meisten drauflegen darf – mit der Plastikabgabe und steigendem CO₂-Preis.

Sicherlich hat es diese Regierung nicht einfach. Kaum im Amt reißt Russland einen Angriffskrieg in Europa vom Zaun und Corona wütete auch noch munter vor sich hin. Und es mag sogar sein, dass man sozialdemokratische Inhalte umsetzen konnte und diese Regierung auf dem Papier jene ist, welche zur Halbzeit mehr als die Hälfte des

Koalitionsvertrages umgesetzt hat. Kleinvieh macht eben auch Mist. Denn: Was hat sich in den letzten zwei Jahren denn gravierend positiv verändert, außer 12 Euro Mindestlohn? Der Unterschied zwischen Hartz IV und Bürgergeld ist lange nicht so groß wie er sein sollte. Der große Sprung, den es bräuchte, um die Gesellschaft und dieses Land aus der Krise zu holen, ist nicht dabei. Von einer sozialdemokratischen Regierung merke ich nichts. Und die Menschen in diesem Land auch nicht. Millionen im Land machen sich jeden Monat aufs Neue Sorgen, wie sie über die Runden kommen.



Wie niedrig sind unsere Ansprüche geworden, wenn wir uns damit zufriedengeben? Was für ein Signal senden wir in die Welt, wenn dann die Delegierten fünf Minuten lang Olaf Scholz zujubeln, den die Bevölkerung mittlerweile kollektiv schlecht findet? Der Parteitag wirkt wie ein Bunker, ein abgeschotteter Raum, der den Lauf der Welt ignoriert und Olaf zujubelt, weil er so toll ist. Vielleicht war die Rede gut, aber daraus

folgt nichts. Scholz ist deswegen trotzdem der Bundeskanzler einer Regierung, die kaum sozialdemokratische Handschrift trägt und die Menschen allein lässt. Daran ändert auch eine tolle Rede nichts.

Analysen sprechen davon, wie geeint wir jetzt nach diesem Parteitag sind. Als wäre mangelnde Einigkeit unser Problem. Es ist das genaue Gegenteil: Statt eine notwendige Diskussion zu führen, die die Gesellschaft überzeugen könnte, dass die SPD nicht eingeschlafen ist, bemüht sich die Führung, uns hinter Olaf zu versammeln. Warum sollen wir uns als Partei denn hinter einem Mann versammeln, der keinen Rückhalt in der Bevölkerung hat? Wir sollten eher diskutieren, warum das so ist und was wir anders machen müssen. Stattdessen scheinen aktuell viele die Unbeliebtheit von Olaf als gottgegeben anzusehen. Da könne man nichts machen, wir müssen weiter hinter ihm stehen. Also doch schlafen. Es sind die anderen Schuld, die FDP oder so.

Dann kommt doch Kritik. Ehrliche, nicht respektlose aber deutlich formulierte Kritik und die wird ausgebuht. Und es werden die gleichen Delegierten sein, die Mareike Engel ausgebuht und schlecht geredet haben, die sich nächstes Jahr wundern werden, warum unsere Ergebnisse im Osten miserabel sind. Die dann was von „Solidarität“ und „Umgang miteinander“ erzählen werden und das wir jetzt zusammenstehen müssten. Also auch wieder nur Worte.

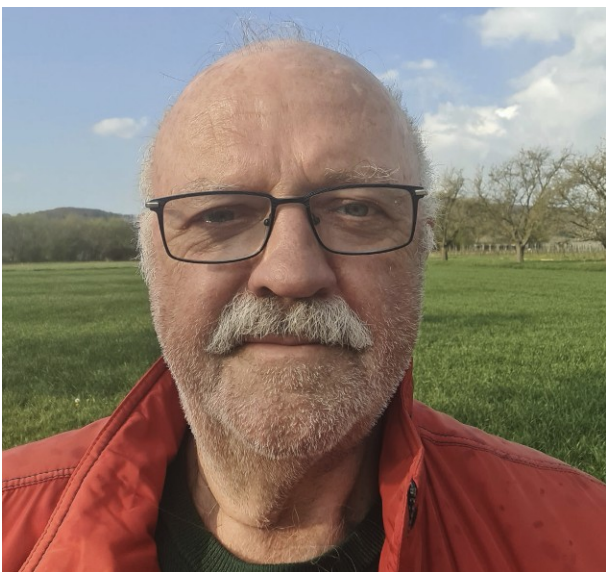
Währenddessen bin ich am Ende mit meinem Latein. Ich habe aufgehört, den Menschen die Bundesregierung, Olaf Scholz oder die SPD erklären zu wollen. Aber immerhin: Toll haben sie geredet.



SPD Markgräflerland hilft der Ukraine

von Hartmut Hitschler

Im Namen meines Ortsvereins SPD Markgräflerland habe ich diese Woche die zweite Ladung der Spenden nach Freiburg gebracht. Das Auto war bis unters Dach und sogar auf dem Beifahrersitz beladen. Durch Geldspenden, einmal von der DGB-Veranstaltung mit Prof. Wette zur Ukraine, sowie durch weitere Geldspenden, konnte ich reichlich von den dringend benötigten Hygieneartikeln wie Windeln, Binden, Feuchttücher, Pflegesalben einkaufen.



Gespendet wurden auch warme Decken und Bettwäsche, sowie warme Schuhe und Kleidung. Mit großer Freude wurden die Spenden in Freiburg angenommen, denn es zeichnet sich momentan eine gewisse Spendenmüdigkeit ab. Die Spendenaktion läuft noch diese Woche und dann ist erst einmal Schluss.



Wöchentlich fahren ca. 4-5 LKWs mit den Spenden in die Ukraine. Es sind LKWs aus der Ukraine, die sonst leer zurückfahren würden und die Fahrer kennen sich in der Ukraine aus - auch mit den dortigen Gefahren. Wir können uns gar nicht vorstellen, wie dankbar die Menschen für unseren Spenden sind und was sie auszuhalten haben.

Unabhängig von der Spendenaktion des SPD OV Markgräflerland können jederzeit

und von allen Gebenden Spenden bei der Ukrainehilfe in Merzhausen zum Engelberg 4 am Dienstag und Donnerstag von 15.00 Uhr bis 19.00 Uhr abgegeben werden.

Was benötigt wird kann man unter www.seinlaedele.de einsehen.



Grundsteuer C in Merdingen

von Oswald Prucker

Der Merdinger Gemeinderat hat gestern mit sehr großer Mehrheit die Grundsteuer C eingeführt. Mit diese Steuer werden wir nun ab 2025 für unbebaute Baugrundstücke einen gesonderten im Vergleich zur Grundsteuer B deutlich höheren Hebesatz festsetzen.

Diese Steuer ist sehr vernünftig, denn es kann aus städtebaulicher Sicht eigentlich nicht sein, dass wir ein neues Baugebiet einrichten und dafür Landschaft verbrauchen, wenn noch rund vierzig baufertige Grundstücke zum Teil seit Jahrzehnten brach liegen.

Bürgermeister Rupp hat es in der Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt vorgerechnet: Auf diesen Grundstücken könnten rund 150 Menschen wohnen, für die wir Mittel vom Land in Höhe von gut 200.000 Euro im Jahr bekommen würden. An den Grundstücken vorbei läuft ungenutzte Infrastruktur, die

von allen anderen über die Gebühren mitfinanziert werden muss.

Die Steuer ist durchdacht: Wir müssen jedes Jahr die Grundstücke festlegen, für die wir die Steuer anwenden möchten, die Grundstücke müssen direkt bebaubar sein und es muss einen städtebaulichen Grund geben. Auch muss die Steuer höher sein, als die entsprechende Steuer für bebaute Grundstücke.



Die Steuer ist kein Trick, um den Gemeindehaushalt zu sanieren. Erstens muss der nicht saniert werden und zweitens sind erwartbare Mehreinnahmen von weniger als 15.000 Euro pro Jahr bei einem Haushalt über 7 Millionen ganz bestimmt nicht kriegsentscheidend.

Die zusätzliche Belastung für die Grundstückseigentümer zwick und das ist auch das Ziel. Schließlich wollen wir ausgewiesene Baugrundstücke auch bebaut und bewohnt haben. Grundstücke sind keine Kapitalanlage.

Das Grundgesetz sagt dazu in Artikel 14: Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zu-

gleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Das tun Baugrundstücke nun mal am besten, wenn Häuser drauf stehen, in denen Menschen wohnen. Vielleicht leistet die Grundsteuer C dabei ein bisschen Überzeugungsarbeit.



Erwartungshaltung an die Politik und Widersprüche

von Matthias Schmidt und Thomas Thürling

Nicht erst seit Corona oder den aktuellen Krisen und Brandherden in der Welt tut sich die Politik schwer, Akzeptanz für ihr Handeln bei den Bürgerinnen und Bürgern zu finden. Zugegebenermaßen werden an der einen oder anderen Stelle handwerkliche Fehler gemacht, fehlen Politiker und Politikerinnen mit Charisma, die durch ihr Auftreten, Erklären und Ausstrahlung die Bevölkerung mitnehmen können. Letzteres ist aber auch gefährlich, wenn Inhalte zur Nebensache werden und nur populistisch und überzeugend ohne tiefere Betrachtung der Folgen quasi an die Kundschaft „Wähler“ verkauft werden.

In der Bundespolitik und lokal vor Ort in Bad Krozingen zeigt sich immer häufiger: Eine laute Minderheit unter anderem in den sogenannten sozialen Medien, aber auch in persönlichen Gesprächen, sind mit fast allem unzufrieden, was um sie herum

passiert. Eine nach wie vor relativ stille Mehrheit der Bevölkerung ist schwer zu fassen, was ihre Einstellung zu Entscheidungen rund um Politik und Gesellschaft angeht.

Zu beobachten ist, dass Bürgerinnen und Bürger inzwischen hauptsächlich dazu eine Meinung haben und diese dann auch offensiv nach außen vertreten, wenn sie persönlich durch einen Anlass betroffen sind.

Familien mit kleinen Kindern interessieren sich zwangsläufig für Kita, Schule und sicheren Schulweg für ihre Kinder. Wer an einer lauten Straße wohnt, wünscht sich lokal vor der Haustüre eine Verkehrsberuhigung. Wer im Sportverein ist, erwartet natürlich, dass die Stadt den eigenen Verein möglichst finanziell unterstützt oder neue Sportstätten baut. Soweit auch vollkommen legitime und berechtigte Interessen.

Und was ist mit den globalen Themen Klima- und Umweltschutz? Ja klar. Fast jeder wird sich dazu bekennen, dass dies unheimlich wichtig ist und dringend Priorität haben muss. Allerdings tritt dann sehr schnell das Prinzip „Not in my backyard“ - also bitte überall, nur nicht vor meiner Haustür - ein.

Und dieser Effekt betrifft nicht nur Klima und Umwelt. In vielen Bereichen wird man schnell hohe Zustimmungswerte bei Befragungen erhalten. Sobald aber die Umsetzung einn persönlich irgendwie tangiert, ändert sich die Einstellung schlagartig und es kommt ein „ja, aber...“ oder ein klares

„nein, ich nicht - alle anderen sind zuerst dran...“.

Typisches Beispiel ist die Energiewende. Erneuerbare Energien, ja klar, aber bitte keine Windräder in meiner Sichtweite oder bitte keine Stromleitung über mein Grundstück!

Thema Wohnungsnot: Die Kosten für das Wohnen sind zu hoch, es gibt zu wenige freie Wohnungen. Aber eine Nachverdichtung, Neubauten und weitere Flächenversiegelung soll auch nicht passieren. Typisch für Bad Krozingen, dass das Wachstum der Stadt und die Baustellen regelmäßig heftig kritisiert werden, insbesondere dann, wenn sich dabei die eigene Aussicht auf die Kirchturmspitze ändert.

Thema Verkehrsberuhigung, ja klar, aber vor der Schule muss bitte mehr Platz für die Elterntaxis her.

Wir brauchen einen neuen Aufbruch zu mehr Gemeinsinn. Was ist für die Mehrheit der Gesellschaft gut, was ist für die Zukunft wichtig. Wir brauchen wieder mehr Engagement und positive Einstellung. Und wir müssen zwingend über Prioritäten reden. Was ist wirklich wichtig? Das Gendersternchen, die Ausgestaltung von Fledermausbrücken und Eidechsenhabitate, die Lärmschutzvorschriften für Feuerwehrwacheinfahrten oder die grundsätzlichen Fragen wie Bildung, Gesundheit, Rente, Steuergerechtigkeit, Wirtschaftsentwicklung und Klimaanpassung.

Wir müssen verstehen, dass die Politik eben keine Gießkanne in der Hand hat und es nicht darum geht, sich am schnellsten darunter zu stellen und das meiste Wasser abzubekommen. Und ja, jede/r kann und muss in einer Gesellschaft einen Beitrag leisten, die einen mehr, die anderen weniger. Das nennt man soziale Gerechtigkeit und Verantwortung.

Hier muss die Politik aufpassen, niemanden zu überfordern aber auch andere nicht zu unterfordern.

Daneben muss, insbesondere bei der aktuellen Komplexität, mehr ehrliche Kommunikation, mehr Fachlichkeit und Transparenz und weniger Ideologie in der politischen Debatte stattfinden.



Aus dem OV-Archiv: Energiepolitik vor 45 Jahren

von Matthias Schmidt

In den vergangenen Jahren lieferten zahlreiche ältere SPD-Mitglieder und ehemalige Funktions- und Amtsträger des SPD-Ortsvereins Bad Krozingen bei mir ab. So kamen 13 prall gefüllte Aktenordner und einige weitere Fundstücke, Fotos, alte Wahlprospekte und historische Planungsunterlagen z.B. für die B3-Umfahrung um Bad Krozingen und die Straßenführung durch das Schneckental zusammen.

Die Unterlagen reichen bis 1973 fast nahtlos zurück. Die SPD in Bad Krozingen wird das eigene Archiv noch die kommende Zeit sichten und teilweise digitalisieren. Danach ist mit der Stadt Bad Krozingen ein Vertrag geschlossen, um die Unterlagen dauerhaft im Stadtarchiv für die zukünftigen Generationen zu sichern.

In einer regelmäßigen Rubrik möchte die Krozinger Rundschau Themen aus dem Archiv aufgreifen und in Erinnerung bringen.

 KROZINGER SPD RUNDSCHAU	
BAD KROZINGEN, BIENGEN, HAUSEN, SCHLATT, SCHMIDHOFEN, TUNSEL DEZEMBER 2023	
mail: kontakt@krozinger-rundschau.de Internet: www.spd-bk.de Nr. 5 / 3. Jahrgang	
ERWARTUNGSHALTUNG AN DIE POLITIK	
<p>Nicht erst seit Corona oder den aktuellen Krisen und Brandherden in der Welt tut sich die Politik schwer. Akzeptanz für Ihr Handeln bei den Bürgerinnen und Bürgern zu finden. Zugegeben: manchmal werden an der einen oder anderen Stelle handwerkliche Fehler gemacht, fehlen Politiker und Politikerinnen mit Charisma, die durch Ihr Auftreten, Erklären und Ausstrahlung die Bevölkerung mitnehmen können. Letzteres ist aber auch gefährlich, wenn Inhalte zur Nebensache werden und nur populistisch und überzeugend ohne tiefere Betrachtung der Folgen quasi an die Kundschaft „Wähler“ verkauft werden.</p> <p>In der Bundespolitik und lokal vor Ort in Bad Krozingen zeigt sich immer häufiger: Eine laute Minderheit unter anderem in den sogenannten sozialen Medien aber auch in persönlichen Gesprächen sind mit fast lautem Unzufriedenheit, was um sie herum passiert. Eine nach wie vor relativ stille Mehrheit der Bevölkerung ist schwer zu fassen, was ihre Einstellung zu Entscheidungen rund um Politik und Gesellschaft angeht. Zu beobachten ist, dass die</p>	 <p>zungen, dass das Wachstum der Stadt und die Bansteilen regelmäßig heftig kritisiert werden, insbesondere dann wenn sich dabei die eigene Aussicht auf die Kirchturnspitze ändert.</p> <p>Thema Verkehrsberuhigung, ja klar, aber vor der Schule muss bitte mehr Platz für die Elterntaxi's her.</p> <p>Wir brauchen einen neuen Aufbruch zu mehr Gemeinsinn, was ist für die Mehrheit der Gesellschaft gut, was ist für die Zukunft wichtig. Wir brauchen wieder mehr Engagement und positive Einstellung.</p> <p>Und wir müssen zwingend über Prioritäten reden, was ist wirklich wichtig? Das Gendersensieren, die Ausgestaltung von Flieðermaßnahmen und Eisdachsabitats, die Lärmschutzvorschriften für Feuerwehreinheiten oder die grundsätzlichen Fragen wie Bildung, Gesundheit, Rente, Steuererechtigkeit, Wirtschaftsentwicklung und Klimaauspassung.</p> <p>Wir müssen verstehen, dass die Politik eben keine Gießkanne in der Hand hat und es nur darum sich am schnellsten darum zu stellen und das meiste Wasser abzubekommen.</p> <p>Und ja jede/r kann und muss in einer Gesellschaft einen Beitrag leisten, die einen mehr, die anderen weniger, das nennt man soziale Gerechtigkeit und</p>
In dieser Ausgabe: <ul style="list-style-type: none"> • Halbzeitbilanz • Herzzentrum • Lichterfest • Wechsel im Gemeinderat • Verkehrsberuhigung • Anträge des Ortsvereins • Rückblick 10 Jahre Vorsitz • Interview • Energiepolitik vor 45 Jahren • Bürgergeld • Weihnachten 2023 	
Wir wollen es wissen... Mit einer Onlineumfrage wollen wir von Eltern wissen, wie es mit der Kinderbetreuung in Bad Krozingen läuft. Frühkindliche Bildung ist der erste wichtige Schritt auf den Bildungsweg unserer Kinder. Deshalb ist es uns wichtig, direkt von Ihnen als Eltern zu erfahren, inwieweit das Betreuungsangebot ausbaufähig ist. Die Umfrage ist online via	

Wenig erstaunlich ist, dass sich die Inhalte der Themen, mit der sich die Politik und Parteien vor 40-50 Jahren beschäftigte, mit denen der heutigen Zeit sehr ähneln.

Bauen und Stadtentwicklung, Verkehrsprobleme und Verkehrsplanung, Wohnen und ein lebenswertes Wohnumfeld und auch das Thema Energie und Naturschutz.

Mit dem Thema Energie möchte ich anfangen:

Energiepolitik vor 45 Jahren – ein spannender Rückblick

Diskussionen in der Politik unter der sozial-liberalen SPD-FDP Regierung 1977 führten vor 45 Jahren zu einer Positionierung des SPD-Ortsvereins und Forderungen an den damaligen SPD-Minister für Forschung und Technologie.

In der damaligen Regierung vertraten einige Regierungsmitglieder, wie zum Beispiel der FDP Minister Otto von Lambsdorff, die Auffassung, dass die Kernenergie stärker auch staatlich gefördert werden solle und das Kernenergieprogramm fortzuschreiben sei.

Bad Krozingen, den 8.12.77

SPD - Ortsverein Bad Krozingen
 Rolf Rubsamen
 Kemsstr. 35
 7812 Bad Krozingen

An
 Hans' Matthäßer
 Bundesminister für Forschung
 und Technologie
 53 Bonn 12

Lieber Hans!

Mit Misstrauen verfolgen wir das Bestreben einiger Kabinettsmitglieder, z.B. Graf Otto von Lambsdorff, das Kernenergieprogramm fortzuschreiben. Wir und die Bevölkerung am Südliehen Oberrhein sind da anderer Auffassung. Wir lehnen nämlich die Kernenergie ab. Ein Grund von vielen ist der, daß die Atomüllendlagerung nie gefahrlos durchführbar ist, da das anfallende Plutonium eine Halbwertszeit von 24 000 Jahren hat. Niemand kann für diesen langen Zeitraum die Verantwortung übernehmen, wenn hervorgerufen durch natürliche Erosion, Kriege oder Sabotage, Katastrophen entstehen. Wir wollen nicht noch auf weitere Gründe eingehen, Du weißt es gibt noch viele mehr, sondern auf die notwendigen Alternativen, damit wir die Kernenergie vergessen können.

1. Die Kohle muß, wie es auf dem Parteitag beschlossen wurde? unter Einbeziehung umweltfreundlicher Technologien, stärker gefördert werden.
2. Energieeinsparung, z.B. durch den Ausbau von Fernwärmenetzen, durch den Einsatz von "Prozeßdampf" und durch Wärmedämmung mittels besserer Isolierung.
3. Alternative Energiequellen wie Sonnenenergie für Heizung und Warmwasserbereitung.

Deine Anzeige "Energie für die Zukunft" finden wir einen Schritt in die richtige Richtung.

Die kurzfristige und mittelfristige Vorhaben sollten ein Energiesparprogramm aufgestellt werden, Energiespartips der Öffentlichkeit und der Industrie nahegebracht werden. Wichtig aber ist vor allem, daß genügend Gelder für die Forschung und Erprobung von Energiesparmaßnahmen und alternativer Energiequellen bereitgestellt werden. Zudem können hier noch viele Arbeitsplätze geschaffen werden.

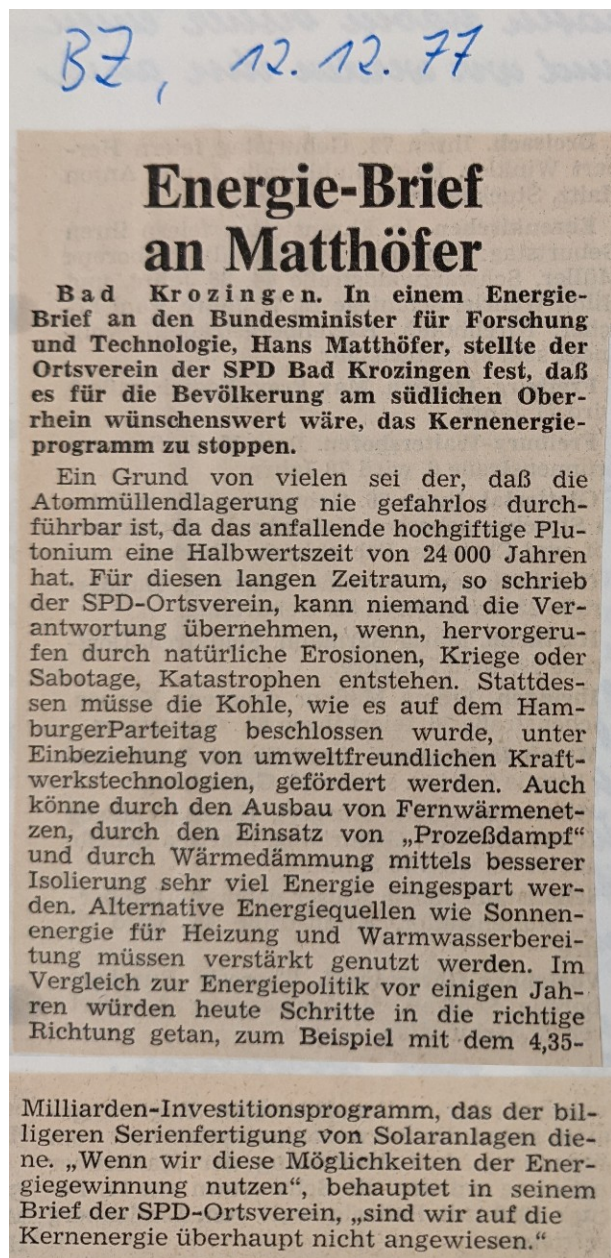
Wir würden uns freuen, wenn Du Dich in unserem Sinne einsetzen würdest.

Abschließend bitten wir um Informationsmaterial zur Energieforschung und Energietechnologien, das Programm zur Nutzung der Sonnenenergie und nhere Infos zum 4,35 Milliarden-Investitionsprogramm. Bitte keine Informationen zur Kernenergie, lieber die anderen Infos mehrfach.

Für Deine Bemühungen bedanken wir uns und verbleiben

mit freundlichen, sozialistischen Grüßen

Auf dem Hamburger Parteitag 1977 hatte die SPD zwar beschlossen, dass ein vollständiger Verzicht mangels Alternativen nicht vertretbar sei, jedoch einen verstärkten Bau aber als „ebenfalls nicht vertretbar“ bezeichnet.



Auch die Badische Zeitung berichtete damals über den Brandbrief an den Minister. So forderten die Genossinnen und Genossen aus Bad Krozingen damals durchaus

weitsichtig Alternativen zur Kernenergie wie z.B. Energieeinsparungen durch den Bau von Fernwärmenetzen, den Einsatz von Prozesswärme und Wärmedämmung mittels besserer Isolierung.

Ebenso den Einsatz von alternativen Energiequellen wie die Sonnenenergie für Heizung und Warmwasserbereitung. Zur Erinnerung: Das war im Jahr 1977! Dass die Sonnenenergie zur Stromerzeugung in der Aufzählung fehlte, hatte einen guten Grund – zu dieser Zeit wurde die Photovoltaik hauptsächlich in der Raumfahrt und experimentell eingesetzt. Erst Ende der 80er Jahre fanden sich Solaranlagen zur Stromgewinnung erstmals im kommerziellen Bereich, erst 1990 wurden Solaranlagen zur Stromerzeugung auf privaten Hausdächern erstmals eingesetzt.

Allerdings ist es auch richtig, dass die SPD Ende der 70er Jahre noch die Förderung der Kohle zur Stromerzeugung in ihrem Parteiprogramm stehen hatte. Auch die Genossinnen und Genossen aus Bad Krozingen bauten auf den Einsatz von Kohle, allerdings unter Einbeziehung von „umweltfreundlichen Kraftwerkstechnologien“.

So sollte auf den Einsatz von Kernenergie in Deutschland mit der ganzen ungelösten Problematik des anfallenden Atommülls und Sicherheitsbedenken verzichtet werden. Tatsächlich ist die Endlagerung von Atommüll immer noch nicht geklärt und die Kosten sind auf den Staat und damit die

Bürgerinnen und Bürgern von den Energieerzeugern abgewälzt worden.

Fakt ist jedoch, dass die Bad Krozinger SPD 1977 durchaus weitsichtig die Kernenergie abgelehnt hat, mit Energieeinsparung, der Nutzung von Sonnenenergie und dem Ausbau von Fernwärmenetzwerken vollkommen richtig lag.

KROZINGER RUNDSCHAU

Die Krozinger Rundschau gibt es seit Ende 2020. Bislang sind fünf Ausgaben erschienen, die an alle Haushalte in Bad Krozingen ausgeliefert wurden.

Natürlich gibt es die Rundschau auch online. Die bisher erschienen Ausgaben können von dieser Seite runtergeladen werden:



[Krozinger Rundschau](#)



Termine, Termine

Alle aktuellen Termine findest du auch auf unserer Webseite – naja, meistens zumindest :-)



[Termine im Landkreis](#)

Stammtische

Digitaler Kreisstammtisch

- 16. Januar und 20. Februar
- 19:00 Uhr
- Zoom: (Meeting-ID: 883 6204 5387)
us02web.zoom.us/j/88362045387

Kaiserstuhl – Tuniberg – March

- 9. Januar und 5. Februar
- 19:00 Uhr
- Wirtshaus Perron (Bhf. Breisach)

Hochschwarzwald


- 27. Dezember und 24. Januar
- 19:00 Uhr
- Hotel Jägerhaus in Titisee-Neustadt


Breisgau


- 17. Januar
- 20:00 Uhr
- Sportgaststätte Ehrenkirchen, Krozinger Str.37a (Ortsteil Kirchhofen)
- 21. Februar
- 20:00 Uhr
- Gasthaus "Adler", Offnadingen, Dorfstraße 1



Migration – Mythen und Fakten

 8. Januar


 19:00 Uhr


 Bürgersaal in der Talvogtei in Kirchzarten

Auf Einladung der SPD Dreisamtal spricht der Migrationsexperte Lars Castellucci über die aktuelle Situation in Deutschland und Europa, diskutiert über notwendige Maßnahmen in der Asylpolitik, deren Grenzen und Herausforderungen und über die Chancen einer zielgerichteten Steuerung und Gestaltung der Arbeitsmigration.

Im Anschluss an des Podiumsgespräch besteht die Möglichkeit zur Diskussion.

Kreisparteitag

 9. März

 15:00 Uhr

 Wir noch bekannt gegeben.

Bitte Termin schon mal vormerken. Die Details werden noch bekannt gegeben.



IMPRESSUM

Herausgeber & V.i.S.d.P. sind die Kreisvorsitzenden der SPD Breisgau-Hochschwarzwald: Birte Könnecke, Oswald Prucker, SPD Regionalzentrum, Merzhauer Str. 4, 79100 Freiburg. Redaktion: Oswald Prucker, Tanja Kühnel und Birte Könnecke



FROHE WEIHNACHTEN